

Anliegenbericht zur Ortsplanungsrevision in Niederbipp 2024



August 2024

Erstellt durch: Melanie Eberhard und Mirja Mätzener

conseil₃

Neuensteinerstrasse 5
4053 Basel

Inhalt

Ausgangslage	3
Mitwirkungsprozess zur Ortsplanungsrevision	3
Ideenbriefkasten.....	4
Fokusgruppe	4
Anliegen, die in die OPLA einfließen	6
Öffentlicher Raum	6
Bau, Infrastruktur und Weiteres	9
Biodiversität 13	
Anliegen die anderweitig bearbeitet werden	17
Baumpflanzungs- und Pflegekonzept.....	17
Kreiselgestaltung.....	18
Weitere eingereichte Anliegen.....	19
Dorfplanung und -gestaltung	20
Verkehr	22
Natur und Umwelt	26
Öffentliche Räume und Gemeinschaft	27
Jugend und Bildung	29

Ausgangslage

Die aktuelle Ortsplanung der Einwohnergemeinde Niederbipp stammt aus dem Jahr 2012. Da mit dem strategischen Instrument der Ortsplanung die räumliche Entwicklung einer Gemeinde vorausschauend und möglichst positiv gestaltet werden soll, wird diese alle 10-15 Jahre überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten und Entwicklungen angepasst. 2024 stand in Niederbipp eine Teilrevision der Ortsplanung an, um eine gemeinsame Planung inklusive dem Ortsteil Wolfisberg zu ermöglichen und eine nachhaltige Grundlage für die Entwicklung von Niederbipp in den kommenden Jahren zu legen. Der Fokus lag dabei auf der Überarbeitung von Zonenplänen, Baureglementen und Überbauungsordnungen, wobei insbesondere auch die Grundlagen des fusionierten Wolfisberg angeglichen und integriert werden sollten. Neben den eher technischen Anforderungen an die Revision der Ortsplanung sollten auch die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Steigerung der Lebensqualität in den Quartieren und für eine nachhaltige Entwicklung in die Revision einfließen. Damit diesen Anforderungen Rechnung getragen werden konnte, hat die Gemeinde Niederbipp die Partizipationsexpertinnen von conseil3 für einen Mitwirkungsprozess beigezogen.

Mitwirkungsprozess zur Ortsplanungsrevision

Für die partizipative Begleitung der Ortsplanungsrevision wurden zwei zentrale Elemente definiert, die es der Bevölkerung je nach Ressourcen und Bedürfnissen ermöglichen sollten, ihre Ideen und Anliegen einzubringen:

1. Ein **Ideenbriefkasten** zur einfachen und digitalen Übermittlung von Ideen und Anliegen rund um die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde.
2. Der Aufbau einer **Fokusgruppe**, die sich intensiv mit den Bedürfnissen der Bevölkerung an die Entwicklung der Gemeinde auseinandersetzt und auch konkrete Ideen und Forderungen entwickelt.

Zeitgleich, mit Start der Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Ortsplanungsrevision, bestehend aus nachfolgenden Mitgliedern,

- Christoph Meyer, Gemeinderat, Präsident Baukommission
- Daniel Hunziker, Mitglied Baukommission
- Nadja Lackner, Leiterin Bau
- Thomas Beer, Stv. Leiter Bau
- Ulrich Leuenberger, Vertreter Ortsteil Wolfisberg
- Peter Brotschi, Vertreter Verein Fokus 4704
- Roger Bloch, Forum A GmbH, Vertreter lokales Architekturbüro
- Esther Schiegg / Peter Perren, ecoptima ag (Planungsbüro)

wurde der Ideenbriefkasten, für die Anliegen der Bevölkerung an die Ortsplanungsrevision, lanciert. Im Rahmen der Fokusgruppe, die kurz darauf gebildet wurde, konnten sich interessierte Bewohnerinnen und Bewohner von Niederbipp im Detail mit der Ortsplanung beschäftigen und ihre Ideen und Anliegen zur Lebensqualität in der Gemeinde, zur Quartierentwicklung, dem nachhaltigen Bauen und zu Energiethemen einbringen. Die Fokusgruppe stand grundsätzlich der gesamten Bevölkerung der Gemeinde offen, weshalb über unterschiedliche Kanäle breit darüber informiert wurde.

Ideenbriefkasten

Während vier Wochen konnten die Bewohnerinnen und Bewohner von Niederbipp ihre Ideen und Anliegen an die Gemeinde über einen Ideenbriefkasten einreichen.

Vom 8. Januar bis zum 4. Februar 2024 wurden über 80 Anliegen zu Bauvorhaben, der Biodiversität, Verkehrsthemen und dem allgemeinen Zusammenleben in Niederbipp über den Ideenbriefkasten eingereicht. Die Ideen konnten über die Website der Gemeinde, per Mail an die Bauverwalterin, über die Social-Media-Kanäle der Gemeinde, die Gemeinde-App oder schriftlich über das im Gemeindehaus aufliegende Formular eingereicht werden.

Fokusgruppe

Alle eingereichten Anliegen wurden in drei Fokusgruppen-Workshops mit jeweils rund 30 Personen gesichtet, konkretisiert und diskutiert:

1. Workshop der Fokusgruppe am 5. Februar 2024

Am ersten Workshop wurden neue Ideen und Anliegen gesammelt, sowie alle bereits vorgängig eingereichten Ideen thematisch eingeteilt und grob besprochen, um ein möglichst einheitliches Verständnis der verschiedenen Wünsche zu erlangen.

→ Die Arbeitsgruppe hat alle Anliegen im Nachgang des Workshops gesichtet und geprüft, welche im Rahmen der Ortsplanungsrevision aufgrund der rechtlichen Anforderungen umgesetzt werden könnten.

2. Workshop der Fokusgruppe am 20. März 2024

Im zweiten Workshop wurden 24 der insgesamt 80 Anliegen diskutiert, die sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision tatsächlich umsetzen lassen. Für die Anliegen wurden konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeitet, oder aber auch von einer Umsetzung abgesehen, wenn sich das Anliegen im Rahmen der Diskussion als nicht mehrheitsfähig oder doch nicht gewinnbringend herausstellte.

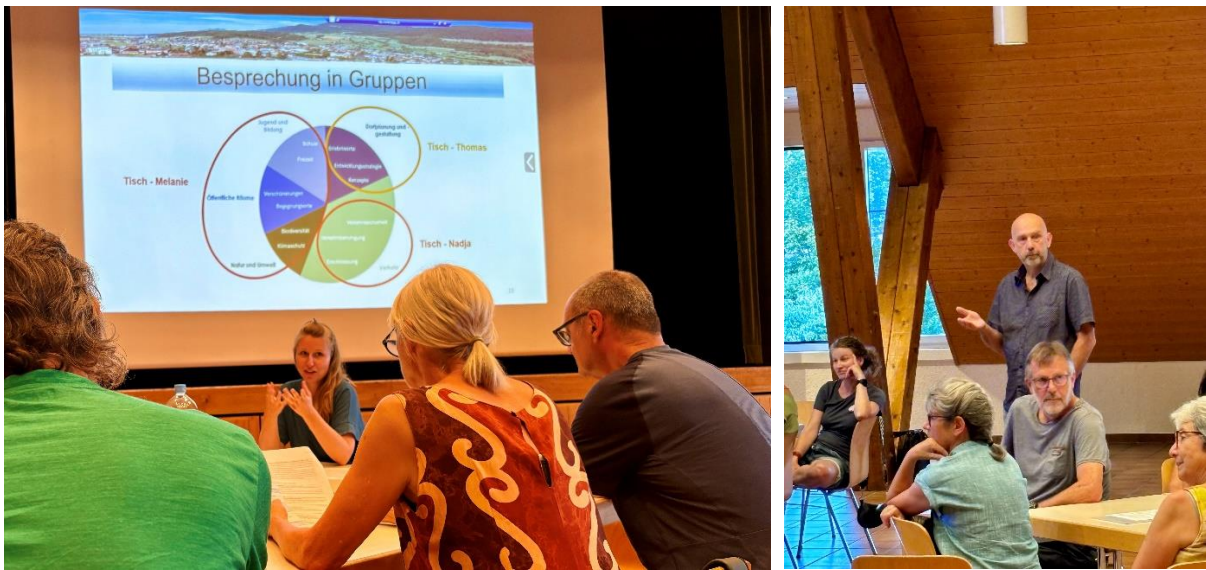
→ Die Arbeitsgruppe hat die Ergebnisse des zweiten Workshops in die weiteren Arbeiten zur Revision der Ortsplanung aufgenommen.

→ Der Gemeinderat hat alle Anliegen, die nicht in die Ortsplanungsrevision geflossen sind, gesichtet und eine schriftliche Einschätzung dazu im Anliegenbericht veröffentlicht.

3. Workshop der Fokusgruppe am 15. August 2024

Im dritten Workshop der Fokusgruppe standen die Umsetzung der Anliegen im Rahmen der Ortsplanungsrevision, sowie auch die Auseinandersetzung mit der Einschätzung des Gemeinderats zu denjenigen Anliegen, deren Umsetzung nicht im Rahmen der Ortsplanungsrevision erfolgen wird, im Fokus.

→ Der vorliegende Schlussbericht umfasst die gesamten Arbeiten der Fokusgruppe inklusive einer Übersicht der Anliegenumsetzung im Rahmen der Ortsplanungsrevision sowie anderweitig.



Impressionen der letzten Fokusgruppensitzung

Anliegen, die in die OPLA einfließen

Bei 23 der insgesamt 80 gesammelten Anliegen hat die Prüfung gezeigt, dass sich diese im Rahmen der Ortsplanungsrevision umsetzen lassen. Im zweiten Workshop der Fokusgruppe wurden die Anliegen besprochen und aufbereitet. Die Arbeitsgruppe zur Ortsplanungsrevision hat die Anliegen dann weiterverarbeitet und die konkrete Umsetzung definiert. Die folgende Übersicht zeigt die geplante Umsetzung im Rahmen der OPLA entlang der Anliegen aus der Bevölkerung. Sie sind in die Bereiche öffentlicher Raum, Bau, Infrastruktur und Weiteres sowie Biodiversität eingeteilt, da sie auch in dieser thematischen Unterteilung in der Fokusgruppe besprochen wurden.

Öffentlicher Raum

Anliegen	Keine Grossüberbauungen mehr. Wachstum einschränken.
Erklärung	In Niederbipp sollen keine Grossüberbauungen mehr entstehen. Das Wachstum soll stark eingeschränkt werden. Das Anliegen richtet sich wie die Diskussion in der Fokusgruppe zeigte, nicht gegen geringfügige Aufzonungen bei bestehenden Bauten. Es soll zukünftig bloss kein derartig massives und schnelles Wachstum mehr geben, wie es in den letzten paar Jahren stattgefunden hat, da sehr viele, sehr grosse Flächen mit Mehrfamilienhäusern überbaut wurden.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA wird, im Sinne des Anliegens und auch aufgrund der Tatsache, dass Niederbipp keinen Wohnbaulandbedarf zu Gute hat, auf Neueinzonungen verzichtet. Dadurch werden auch keine neuen Flächen mehr für Grossüberbauungen zur Verfügung gestellt werden. Die restlichen noch freien Gemeindegebiete wie z.B. die Zone mit Planungspflicht Breitstein, können nach wie vor überbaut werden. Im Rahmen der Arbeiten zur OPLA wurde zudem für verschiedene Parzellen geprüft, ob eine Überführung in ZPP's zur Qualitätssteigerung möglich ist. Auf entsprechende Anpassungen wurde jedoch verzichtet und eine anderweitige Lösung mit qualitätssichernden Verfahren angestrebt. Der aktuelle Fokus des Gemeinderates liegt klar auf dem Instand bringen der bestehenden Infrastruktur und nicht auf einem uneingeschränkten Wachstum der Gemeinde.

Anliegen	Innere Verdichtung und breites Wohnungsangebot
Erklärung	Das Anliegen fordert ein proaktives Gestalten und ein Entwickeln von Visionen für verdichtetes Wohnen in Niederbipp, sowie den Einbezug der Bevölkerung in grössere Bauvorhaben. Zur Sicherstellung von günstigem Wohnraum sollen die Wohnungsgrössen und -typen den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen. In den Diskussionen der Fokusgruppe wurde deutlich, dass in Niederbipp bereits ein gutes Angebot an unterschiedlichen Wohnungsgrössen und -Arten verfügbar ist. Niederbipp verfügt über ein breites Wohnungsangebot von Studios und 1-Zimmerwohnungen bis über 7 Zimmerwohnungen. Die Durchmischung der unterschiedlichen Wohnungsgrössen entspreche demnach den Anforderungen der Bevölkerung, weshalb keine Anpassungen notwendig seien. Bestrebungen zur inneren Verdichtung sind entsprechend der Diskussion nach wie vor wünschenswert, jedoch entspreche das

	Wohnungsangebot aktuell den Anforderungen, weshalb da keine weiteren Massnahmen erforderlich seien.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA sind Aufzonungen vorgesehen, wodurch bereits bestehende Gebäude entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden können. Der Einbezug der Quartierbevölkerung bei Grossbauten hängt indes von der Bauherrschaft ab. Die Gemeinde setzt sich zwar für einen möglichst aktiven Einbezug der Bevölkerung ein, wie auch die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der OPLA zeigen, Vorgaben für private Bauherrschaften sind im Rahmen der OPLA jedoch keine vorgesehen.

Anliegen	Höhere Häuser für Niederbipp und Abschaffung Mehrlängenzuschlag
Erklärung	Bei der letzten Ortsplanungsrevision wurden anfänglich bei den Arbeiten zum Richtplan visionäre Ideen mit höheren Häusern an neuralgischen Punkten wie beim Braukreisel verfolgt. Die Ideen wurden im Verlaufe des Prozesses wieder verworfen und sollen nun wieder aufgenommen werden, fordert das Anliegen. Im Rahmen der Diskussion in der Fokusgruppe wurde darüber gesprochen, dass höhere Häuser zur inneren Verdichtung der Gemeinde beitragen würden, jedoch dadurch eben auch wieder viel mehr Wohnraum geschaffen werde, was gegensätzlich zum Anliegen nach der Eindämmung von grossen Überbauungen sei. Eine moderate Erhöhung von Gebäuden wurde in der Diskussion grundsätzlich begrüsst, jedoch soll die Gemeinde zukünftig nicht so stark wachsen wie in den letzten Jahren. Zudem wurde auch das Anliegen zur Erhöhung von Gebäudelängen und -breiten sowie die Abschaffung der Mehrlängenzuschläge diskutiert. Eine Aufhebung der Mehrlängen- und Mehrbreitenzuschläge wurde in der Diskussion begrüsst und es gab einen Konsens darüber, dass eine längerfristige Strategie oder gar Vision für das Dorf sinnvoll sei.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA sind u.a. Anpassungen betreffend Attikageschosse vorgesehen. Damit wird dem Anliegen nach höheren Häusern, aber dennoch eingeschränktem Ausbau, Rechnung getragen. Höhere Häuser per Baugesetzesdefinition (über 30m Höhe) sind mit der OPLA nicht vorgesehen. Eine Aufhebung der Mehrlängen- und Mehrbreitenzuschläge ist mit der OPLA vorgesehen und der Gemeinderat hat das Anliegen nach einer längerfristigen Strategie aufgenommen für die nächste Legislatur.

Anliegen	Dorfkerne und Erhaltungszonen mit Planungsaufgaben belegen, um Gestaltung und Bauvorschriften einführen zu können
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass Dorfkerne und Erhaltungszonen mit Planungsaufgaben belegt werden, damit die Gemeinde ein Instrument hat, um Gestaltungsaufgaben und Bauvorschriften einzufordern. In der Diskussion der Fokusgruppe wurde deutlich, dass die Innenentwicklung des Dorfes proaktiv und positiv beeinflusst werden solle. Dafür wurden ein definiertes Bauinventar, Naturinventare, Erholungszonen, sowie ein Natur- und Klimakonzept vorgeschlagen. Ein Bauwildwuchs solle vermieden werden (Bsp. Oberfeldweg aktuell), indem Architekturauflagen definiert (Qualitätslabels) und das Aufsichts- und Beanstandungsrecht der Gemeinde während der Bauzeit sichergestellt werde. Es wurde darüber diskutiert, dass beispielsweise auch mit Anreizen gearbeitet werden könne. Sodass die Bauherrschaften beispielsweise mehr Ausnutzung erhielten, wenn sie sich qualitätssichernden Verfahren unterwerfen würden.

Umsetzung	Da es unzulässig wäre den gesamten Dorfkern als Zone mit Planungspflicht (ZPP) zu belegen, wird darauf entsprechend in der OPLA verzichtet. Zur Umsetzung des Anliegens wird jedoch ein Qualitätssicherndes Verfahren (QSV) in die OPLA integriert. So soll die Beanspruchung der Gestaltungsfreiheit zukünftig an ein QSV geknüpft werden. Dadurch kann die Gemeinde Einfluss auf die Dorfgestaltung sowie qualitative Bauprojekte nehmen. Das im Anliegen aufgeführte Bauinventar wird zudem kantonal gelöst, weshalb die Gemeinde da keinen Handlungsspielraum hat. Ein Baumpflanzungs- und Pflegekonzept hat die Gemeinde zudem gerade veröffentlicht. Bezüglich Dorfkern hat sich die Gemeinde im Prozess der OPLA-Revision bereits mit der Burgergemeinde einigen können, dass der heute von der Gemeinde gemietete Kiesplatz neben dem Räberhus in eine Zone für öffentliche Nutzung (ZÖN) überführt werden kann und künftig nebst als Parkfläche auch für kulturelle Anlässe oder als Parkanlage langfristig genutzt/gesichert werden kann.
------------------	---

Anliegen	Zwischennutzung in leerstehenden Gebäuden ermöglichen z.B. Kletter- oder Boulderwände
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass in leerstehenden Gebäuden Zwischennutzungen ermöglicht werden sollen. Es könnten darin z.B. Boulder- und Kletterwände oder andere Indoor-Anlagen errichtet werden. In der Diskussion der Fokusgruppe wurde deutlich, dass brachliegende Gebäude nicht nur brach liegen sollen, sondern auch eine Zwischennutzung anderer Art möglich sein soll. Dafür solle in sämtlichen Zonen zonenfremde Zwischennutzungen in leerstehenden Gebäuden erlaubt werden, wobei Glaubensgemeinschaften sowie Prostitutionsgewerbe von der Regelung ausgenommen werden sollten. Zudem müssen die Lärmempfindlichkeitsstufen der jeweiligen Zone eingehalten werden.
Umsetzung	Ins Baureglement wurde die Möglichkeit nach Zwischennutzungen aufgenommen, jedoch ohne expliziten Ausschluss bestimmter Nutzungen. Zwischennutzungen sollen dabei auf 5 Jahre mit Verlängerungsoption um 5 Jahre begrenzt werden und unter gewissen Voraussetzungen möglich sein.

Anliegen	Bauinventar nachtragen
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass die vom Kanton aus dem Inventar entlassen Objekte, im Rahmen der Ortsplanrevision im Zonenplan nachgetragen werden sollten. Zudem soll die Arbeit der kantonalen Denkmalpflege verfeinert, und die Vorgaben den Bedürfnissen und einfachen Möglichkeiten in der Gemeinde angepasst werden. Das Anliegen wurde in der Diskussion der Fokusgruppe nur kurz besprochen, da die Gemeinde signalisierte, dass der Zonenplan Siedlung und Landschaft kontinuierlich aktualisiert werde. Die konkreten, ursprünglich im Anliegen aufgeführten Beispiele, wurden zur Kenntnis genommen, da es sich aber um Einzelfälle handelt, nicht weiter diskutiert.
Umsetzung	Der Zonenplan Siedlung und Landschaft wird bereits jetzt kontinuierlich aktualisiert und das wird auch in Zukunft so gehandhabt. Das Bauinventar wurde im Zuge der Revision automatisch aktualisiert auf die neusten Daten.

Anliegen	Kinderspielplatz im Norden von Niederbipp (zum Beispiel Erweiterung des Spielplatzes beim Spital)
Erklärung	Mit dem Anliegen wird das Bedürfnis nach einem Kinderspielplatz im nördlichen Teil von Niederbipp geäussert. In der Diskussion wurde das Anliegen verstanden, da aktuell die Hauptstrasse überquert werden muss, was auch mit Gefahren für die Kinder verbunden ist. Als Möglichkeit wurde eine Erweiterung des Spielplatzes beim Spital vorgeschlagen.
Umsetzung	Die Arbeitsgruppe zur OPLA hat die Umsetzbarkeit durch eine Ausscheidung der Parzelle als ZÖN geprüft. Sie ist jedoch zum Schluss gekommen, dass die Erstellung eines Spielplatzes bereits mit der aktuellen Formulierung des Baureglements möglich sei und entsprechend keine Änderungen in der OPLA dafür notwendig seien.

Anliegen	Erhaltung älterer Gebäude und Quartiercharakter (z.B. Kirche, Friedhof)
Erklärung	Ein Anliegen fordert, dass der Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität in der Gemeinde, unter Berücksichtigung der Erhaltung und des Schutzes der Umgebung rund um die Kirche und den Friedhof, besondere Beachtung geschenkt wird.
Umsetzung	Das Bauinventar ist kantonal geregelt und auch die Ortsbildschutzbereiche sind klar definiert. Die Umgebung rund um die Kirche steht bereits unter Ortsbildschutz, sowie u.a. auch das Gebäude am Gerhard-Meier-Weg.

Bau, Infrastruktur und Weiteres

Anliegen	Nachhaltiges Bauen
Erklärung	Der Förderung von nachhaltigem Bauen (Baustoffe, erneuerbare Energien, einheimische Pflanzen) soll mehr Beachtung geschenkt werden. Das Anliegen fordert, dass bei Baumaterialien auf recycelbare Materialien und bestehende Qualitätslabels gesetzt werden sollte und Kontrollmechanismen eingesetzt werden. Im Anliegen wurde vorgeschlagen, dass die Baubehörden mit Kontroll-Aufgaben betraut würden. Die Fokusgruppe hat in der Diskussion das Anliegen grundsätzlich begrüsst, wobei insbesondere die übergeordnete verschärfte Gesetzgebung hinsichtlich Energiethemen positiv bewertet wurde. Zudem wurde auch besprochen, dass eine Pflicht zur Pflanzung von einheimischen Gewächsen begrüssenswert sei. Dies sollte zusätzlich zur Auflage im Bauentscheid noch verbindlich in das Baureglement aufgenommen werden.
Umsetzung	Der Kanton Bern erlässt kantonale Vorschriften zum Baubewilligungsverfahren. Darin enthalten sind auch Anforderungen zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Die Arbeitsgruppe hat einen neuen Artikel im GBR zum Verwenden von nachhaltigen Baumaterialien aufgenommen und ebenfalls die Möglichkeit Belege zu verlangen. Dem Thema der Bepflanzung wird bereits heute viel Beachtung geschenkt. Bereits heute sind fremde Pflanzen (z.B. Thuja) und invasive Neophyten (z.B. Kirschlorbeer) nicht zugelassen. Die Auflage zur Bepflanzung mit überwiegend einheimischen Pflanzen ist bereits heute Bestandteil von Bauentscheiden (Auflage) und wird neu auch im Baureglement mit Wortlaut verankert. Ein komplettes Verbot von anderweitigen, als einheimischen Pflanzen, findet die Arbeitsgruppe für Private jedoch zu einschränkend.

Anliegen	Bauvorschriften überdenken (Bauart, Farben etc. ins Bild passend)
Erklärung	Das Anliegen fordert ein Überdenken der Bauvorschriften hinsichtlich Bauart, Farbe, Form, etc. damit diese besser ins Ortsbild passen würden. In der Diskussion wurde dazu angemerkt, dass die Bewilligungsbehörde bereits heute die Möglichkeit hat, Bauvorhaben, die nicht von Gesetzes wegen durch den Berner Heimatschutz oder die kantonale Denkmalpflege beurteilt werden, der Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder (OLK) zur Beurteilung zu übermitteln. Aufgrund dieser unterschiedlichen Instrumente gibt es schon heute unterschiedliche Möglichkeiten zur Einflussnahme. Weiterführende, zwingende Gestaltungsvorgaben hinsichtlich Farbgebung oder Materialisierung wurden von der Fokusgruppe nicht als zielführend erachtet.
Umsetzung	Aufgrund der Diskussion der Fokusgruppe wird darauf verzichtet zwingende Gestaltungsvorgaben in Bezug auf Farben, Materialien etc. in das GBR aufzunehmen. Eine standortgerechte, möglichst einheimische Bepflanzung, sowie eine ökologisch wertvolle Gestaltung des Aussenraums und ein Verbot von Schottergärten fliessen jedoch in die OPLA ein.

Anliegen	Bei Neubauten versiegelte Flächen vermeiden und das Dachwasser zum Versickern bringen; zudem eine Pflicht für Solarpanels einführen
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass bei Neubauten versiegelte Flächen vermieden werden, damit das Wasser versickern kann. Steinwüsten in den Gärten sollen zudem verboten werden und das Dachwasser so gefasst werden, dass es in der Erde versickern kann. Dadurch soll der Wasserkreislauf garantiert werden und die Menschen für eine ökologische Gartengestaltung sensibilisiert werden. Durch eine ökologische Wasserhaushalts-Einrichtung würden die Leute dazu motiviert, haushälterisch mit dem Wasser umzugehen. Weiter soll es eine Pflicht für Solarpanels bei privaten Bauten geben und gemeindeeigene Gebäude sollen mit Solaranlagen ausgerüstet werden (auch dies als Motivation für die Allgemeinheit). In der Diskussion wurden die Anliegen als grundsätzlich positiv angenommen. Die Fokusgruppe erachtet die im Rahmen des Wasser- bzw. Abwasserreglements geplante Regelung betreffend Einführung einer Lenkungsabgabe zur Einleitung von Sauberabwasser in die Kanalisation als sinnvoll (Regenabwassergebühr). Auch das Verbot von Steingärten wird begrüsst. Hinsichtlich der Festlegung eines einzigen Energieträgers bleibt die Arbeitsgruppe zurückhaltend, da dieser für alle gelten würde und die Bevölkerung eine Option haben sollte auch etwas anderes realisieren zu dürfen. Zudem sind nicht alle Dachflächen für Solarenergie geeignet.
Umsetzung	Dachwasser versickert heute bereits, wenn dies möglich ist. Es gelten dabei die kantonalen Gewässerschutzvorgaben sowie der kommunale GEP (genereller Entwässerungsplan). Weiter soll auch eine Lenkung über das Abwasserentsorgungsreglement mittels Regenabwassergebühr eingeführt werden. Die Vorarbeiten dafür laufen bereits und die Umsetzung soll vorbehältlich des Volksentscheides zum Reglement realisiert werden. Ein Verbot von Steingärten soll zudem im Rahmen der OPLA eingeführt werden. Gemeindeeigene Gebäude werden bereits heute soweit möglich immer mit Solaranlagen ausgerüstet. Weitreichendere Vorschriften wie die Verpflichtung einzelner Energieträger für die Bevölkerung werden indes als nicht sinnvoll angesehen. Die übergeordnete Gesetzgebung zwingt Bauherren bereits heute, bei Neubauten mit > 400m ² EBF

	(Energiebezugsfläche) zur Installation von Solaranlagen. Damit sind die meisten Mehrfamilienhäuser bereits abgedeckt, dies wird als ausreichende Regelung erachtet.
--	---

Anliegen	Genossenschaftliche Bauten fördern, um bezahlbaren Wohnraum zu generieren
Erklärung	Das Anliegen fordert eine Förderung von genossenschaftlichem Bauen mit dem Ziel, mehr günstigen Wohnraum zu generieren. In der Fokusgruppensitzung wurde über eine Pflicht zur Erstellung von bezahlbarem Wohnraum, bspw. durch die Festlegung, dass ein bestimmter Anteil an Wohnungen in neuen Überbauungen zu kostendeckenden Mieten vermietet werden muss, diskutiert und die Arbeitsgruppe mit weiteren Abklärungen zur Umsetzung beauftragt.
Umsetzung	Die Einführung einer Vorgabe für bezahlbaren Wohnraum eignet sich vor allem für Überbauungsordnungen im Rahmen von Sonderbauvorschriften. Denn eine einzelne Zone kann kaum mit einer solchen Vorgabe belegt werden, zumal dies die Bauherren bei unbebauten Grundstücken gegenüber bestehenden Bauten deutlich benachteiligen würde. Die Einführung einer Vorgabe für bezahlbaren Wohnraum wird für neue Überbauungsordnungen vorgesehen. In das GBR wird indes keine Vorgabe aufgenommen.

Anliegen	Masterplan Energie
Erklärung	Mit dem Anliegen nach einem Masterplan Energie, soll das Fernwärmenetz weiter gefördert werden. Dafür sollen weitere Anbieter für Gas und Strom ins Boot geholt werden und ein Konzept sowie ein Masterplan zum Thema erstellt werden. Weiter forderte das Anliegen Optimierungen, Dialog & Contracting sowie Anpassungen der baulichen Rahmenbedingungen. Die Fokusgruppe zur Ortsplanung hat sich mit diesem Anliegen beschäftigt und möchte von strengeren Vorgaben absehen, da heute bereits übergeordnet sehr vieles vorgeschrieben wird. Zudem vertritt die Fokusgruppe die Ansicht, dass die Bevölkerung verschiedene Optionen haben und sich selber für einen Energieträger entscheiden können sollte, auch da z.B. nicht alle Dachflächen für Solarenergie geeignet sind. Dennoch begrüsst die Fokusgruppe die Bestrebung zu alternativen Energieträgern. Sie fordert denn auch Abklärungen zu einem Anschluss an das Fernwärmenetz und hält fest, dass genügend Holzschnitzel zum Heizen vorhanden sein müssen. Es ist ökologisch nicht sinnvoll, bei einem Mangel an eigenem Holz eben solches von ausserorts einführen zu lassen.
Umsetzung	Aufgrund der Diskussion in der Fokusgruppe sind keine Vorschriften für bestimmte Energieträger im Rahmen der OPLA vorgesehen. Die kantonale Gesetzgebung schränkt die Installation von fossilen Energieträgern bereits heute ein und fördert andererseits energiebewusstes Bauen bspw. durch Förderbeiträge. In Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde prüft die Gemeinde jedoch, ob künftig eine Pflicht zum Anschluss an das Fernwärmenetz unter gewissen Voraussetzungen (z.B. Abstand zum bestehenden Leitungsnetz) sinnvoll wäre.

Anliegen	E-Ladestationen an verschiedenen Standorten
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass im Dorf an verschiedenen Standorten E-Ladestationen errichtet werden. Die Fokusgruppe bewertet das Anliegen grundsätzlich positiv, möchte aber in erster Linie die Gemeinde in die Pflicht nehmen. Denn die verschärfte Regelung nach Art. 56a BauV betreffend die Pflicht zur Erstellung eines minimalen Ausbaustandards beim Neubau von Wohn-, Gewerbe- und Industriebauten, wird von der Fokusgruppe grundsätzlich als ausreichend erachtet. Unabhängig von der OPLA wünscht sich die Fokusgruppe aber, dass die Gemeinde prüft, ob bestehende öffentliche Parkplätze, insbesondere jener vor der Gemeindeverwaltung und jener entlang der Marktgasse gegenüber dem Restaurant Bären mit E-Ladestationen nachgerüstet werden könnten.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA werden keine weiteren Vorschriften für den Aufbau von E-Ladestationen vorgesehen. Die Gemeinde prüft jedoch, ob an genannten Orten E-Ladestationen durch die Gemeinde installiert werden könnten.

Anliegen	Lichtverschmutzung vermeiden durch Bewegungsmelder, Kandelaber
Erklärung	Das Anliegen fordert Bewegungsmelder bei Strassenlampen in den Quartieren sowie Kandelaber der Industriebetriebe, um unnötige Lichtverschmutzungen zu vermeiden. In der Diskussion der Fokusgruppe wurde deutlich, dass insbesondere bei industriellen und gewerblichen Grundstücken Lichtanlagen mit Bewegungsmeldern ausgestattet werden sollten, da diese für die grösste Lichtverschmutzung sorgen und anders als Privatpersonen auch weniger finanzielle Anreize haben, Strom zu sparen.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA soll eine entsprechende Vorschrift aufgenommen werden um den Lichtemissionen zu begegnen. Die Vorschrift im Baureglement soll allgemein für alle gelten. Neben der Regelung mit Bezug zu Bauvorhaben wie z.B. beleuchteten Reklamen, Vorplätzen o.ä., rüstet die Gemeinde auch fortlaufend die gemeindeeigenen Anlagen auf LED um. Mit einer kompletten LED-Lichtanlage könnte die Gemeinde dann auch auf Bewegungsmelder setzen. Dies ist aktuell jedoch noch nicht möglich und nicht vorgesehen.

Anliegen	Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten vor Ort
Erklärung	Damit die wirtschaftliche Entwicklung in Niederbipp vorangetrieben wird, sollen neue Arbeitsmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Das Anliegen fordert dazu eine Förderung der lokalen Unternehmen und mehr Vielfalt der Wirtschaft. Die Fokusgruppe unterstützt das Anliegen grundsätzlich und begrüsst den Vorschlag, bei Mischzonen den Anteil an Gewerben klarer festzulegen.
Umsetzung	Im Rahmen der OPLA soll der aktuell festgeschriebene anzustrebende Gewerbeanteil von 50% in gemischten Zonen verbindlicher werden. Da der angestrebte Wert von 50% nicht erreicht wurde, soll eine neue Formulierung mehr Klarheit und Verbindlichkeit bringen. Neu soll deshalb Art. 1 Abs.1 des Baureglements festhalten, dass in den Mischzonen die zur Strasse orientierenden Erdgeschosse zur Gewerbe- und Dienstleistungsnutzung verpflichtet sind. Von einer Erweiterung der Mischzone auf Gebiete, die heute der Wohnzone zugeteilt sind, wird verzichtet, da dies nicht zweckmässig erscheint.

Biodiversität

Anliegen	Einbezug der Bevölkerung bei grossen Bauvorhaben, grössere Überbauungen etappieren
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass bei grösseren Bauprojekten und Überbauungen, in der Eingabephase die Anwohnenden und die Quartierbevölkerung mit einbezogen werden soll und grössere Überbauungen künftig etappiert werden, um der Bevölkerung mehr Mitsprachemöglichkeiten zu bieten. Die Fokusgruppe hat das Anliegen sowie auch das Anliegen «Innere Verdichtung und breites Wohnungsangebot» besprochen und teilt das Vorhaben grundsätzlich, versteht jedoch auch, dass die Art und Weise des Einbezugs der Bevölkerung bei Überbauungen von der Bauherrschaft abhängt.
Umsetzung	Der Einbezug der Quartierbevölkerung bei Grossbauten hängt von der Bauherrschaft ab und die Gemeinde kann auch keine zeitlichen Einschränkungen vorgeben oder etappenweise Bewilligung erlassen. Niederbipp setzt sich aber für einen möglichst aktiven Einbezug der Bevölkerung ein, so beispielsweise auch durch die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der OPLA.

Anliegen	Parkieren auf öffentlichen Plätzen
Erklärung	Das Anliegen fordert, dass dem Parkieren bei grösseren Gebäuden und Überbauungen mehr Platz geboten wird, da die Bewohnenden und Gäste oft auf öffentliche Parkplätze ausweichen müssen. Die Fokusgruppe würde sich deshalb unterirdische Lösungen mit Tiefgaragen wünschen. In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass mehr Parkplätze nicht dem Ziel der Mobilitätswende entsprechen. Denn diese sieht vor, dass durch die Förderung des Langsamverkehrs sowie vermehrte Sharing-Angebote Emissionen wieder gesenkt werden.
Umsetzung	Die Bauverordnung des Kantons definiert die zulässige Bandbreite an Parkplätzen, weshalb mit der OPLA keine Anpassungen vorgenommen werden können. Im Rahmen der OPLA soll jedoch eine neue Regelung zu Einstellhallen aufgenommen werden. Bei Überbauungen ab 10 Autoabstellplätzen sind diese unterirdisch vorzusehen. Der Gemeinderat kann in begründeten Fällen Ausnahmen für mehr oberirdische Besucherparkplätze für Restaurants gestatten.

Anliegen	Naturnahe Bepflanzung und Hängebuche beim Eingang unter Schutz stellen
Erklärung	Das Anliegen fordert den Schutz der Hängebuche beim Friedhofseingang, die ausschliessliche Bepflanzung von einheimischen Pflanzen auf öffentlichen Plätzen, sowie eine schöne und naturnahe Gestaltung des Südausgangs des Bahnhofs in Zusammenarbeit mit den SBB. Die Fokusgruppe teilt das Anliegen zur Hängebuche beim Friedhofseingang und begrüsst das Verbot von invasiven Neophyten, hält dazu aber auch fest, dass das Verbot nicht wirklich durchgesetzt wird und immer noch viele invasive Neophyten in den Gärten Niederbipps stehen. Die Fokusgruppe anerkennt, dass der Umbau des Bahnhofs Sache der SBB ist, sie würde sich aber wünschen, dass die Gemeinde gemeinsam mit den SBB eine schöne Gestaltung des Ausgangs anstrebt.
Umsetzung	Die Hängebuche ist im Inventar der Einzelbäume und Baumreihen im Anhang des Baureglements erfasst. Ein Verbot für invasive Neophyten besteht bereits heute und die Gemeinde hat in diesem Frühling die

	<p>Bevölkerung auch mit einem entsprechenden Brief erneut informiert. Eine Kontrolle der Gärten kann die Gemeinde jedoch nicht leisten. Die gemeindeeigenen Flächen werden jedoch ausschliesslich mit heimischen Pflanzen bepflanzt. Für die Gestaltung des Bahnhofs Südausgang hat die Gemeinde nicht viel Spielraum, da der Bau von den SBB geführt wird. Sie steht allerdings mit den Verantwortlichen der SBB im Austausch und wird dabei auch das Anliegen nach einer schönen Gestaltung der Südseite einbringen.</p>
--	--

Anliegen	Das Anteretäli als schützenswertes Teilnaturschutzgebiet im Gemeindeinventar ergänzen und Hecken und Bäume mehr schützen
Erklärung	<p>Das Anliegen fordert, vermehrt Hecken und Bäume als schützenswert zu deklarieren, da diese sehr wertvoll für die Natur und auch die Menschen seien. Insbesondere wollte das Anliegen zudem, dass das Anteretäli zu einem Teilnaturschutzgebiet wird, da es im Anteretäli viele Amphibien, Reptilien, Insekten, Vögel und Kleinsäuger und Pflanzen gibt und dieses Gebiet für die Natur sehr wertvoll und auch für die Menschen schön zu erleben ist. Das Anteretäli soll deshalb geschützt werden. Die Fokusgruppe unterstreicht den Wert des Anteretäli als wertvolles Naturgebiet. Eine Prüfung der Aufnahme des Anteretäli in das Gemeindeinventar als Teilnaturschutzgebiet wird deshalb auch von der Fokusgruppe begrüsst.</p>
Umsetzung	<p>Die Arbeitsgruppe zur OPLA sieht den von der Fokusgruppe angestrebten Schutz mit den heutigen Regelungen in der Nutzungsplanung (Landschaftsschutzgebiet, Gewässerraum) sowie der übergeordneten Gesetzgebung (geschützte Uferbestockung) bereits als gewährleistet an. Durch eine Umzonung in ein kommunales Naturschutzgebiet würde das Gebiet ausschliesslich der Natur vorbehalten sein und der Zugang für die Menschen wäre daher nicht mehr möglich. Da in der Diskussion das Anteretäli auch als Naherholungsgebiet beschrieben wurde, wird auf eine entsprechende anderweitige Zuordnung im Rahmen der OPLA verzichtet.</p> <p>Für Hecken und Bäume gibt es im Baureglement und Zonenplan zudem bereits klare Regulierungen. Hecken sind heute bereits bundesrechtlich geschützt. Mit dem neuen Baumpflanzungs- und Pflegekonzept wird den Bäumen der Einwohnergemeinde Niederbipp in Zukunft noch mehr Rechnung getragen und dadurch auch ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Bäume geleistet.</p>

Anliegen	Mehr Grünfläche und Ausbau Biodiversität
Erklärung	<p>Mit dem Anliegen soll die Biodiversität in der Gemeinde gefördert werden. Besonders mehr einheimische Bäume und Sträucher sollen angepflanzt werden. Die Fokusgruppe unterstützt das Anliegen sieht aber primär die Gemeinde in der Verantwortung. So wird in der Diskussion deutlich, dass keine Anpassungen des Baureglements gewünscht sind, um der Bevölkerung und den Bauherrschaften nicht gesetzlich vorzuschreiben, wie die privaten Grünflächen gestaltet werden sollen. Jedoch begrüsst es die Fokusgruppe, wenn die Gemeinde auf ihren Flächen der Biodiversität mehr Beachtung schenkt und dadurch mit gutem Vorbild vorangeht. Die Gemeinde soll eine stärkere Vorbildfunktion einnehmen und Blumenwiesen anstelle von Grünflächen fördern. Die Gemeinde sollte dadurch den Mehrwert von einheimischen Blumen aufzeigen und die Bevölkerung dadurch motivieren, es ihr gleich zu tun. Zudem soll die Gemeinde möglichst erst ab Mitte Juli mähen, da ab dann die meisten Pflanzen geblüht haben. Dies mit dem Ziel die privaten Eigentümerinnen</p>

	<p>und Eigentümer von einer biodiversitätsfördernden Gartengestaltung zu überzeugen.</p> <p>Die Gemeinde soll zudem auch mähen und nicht mulchen, um die Lebewesen in den Pflanzen zu schützen. Die Fokusgruppe würde sich zudem einen Biodiversitätsplan für die Gemeinde wünschen.</p>
Umsetzung	<p>Die Gemeinde hat jüngst einen Baumkataster der gemeindeeigenen Bäume erstellen lassen sowie ein neues Baumpflanzungs- und Pflegekonzept für die Bäume der Einwohnergemeinde Niederbipp erlassen, um der Baumpflege mehr Rechnung zu tragen. Die gemeindeeigenen Bäume wurden allesamt inklusive ihres Zustands erfasst und bilden die Basis für das neue erwähnte Konzept. Dieses legt unter anderem die Eckwerte für Baumpflanzstandorte, Baumarten und Baumpflege fest und bildet dadurch das ideale Instrument, um Baumpfleagemassnahmen und Klimaschutzmassnahmen umzusetzen. In den nächsten fünf Jahren sind zudem Neupflanzungen von insgesamt rund 84 Bäumen auf gemeindeeigenen Parzellen geplant. Diverse Flächen werden bereits heute naturnah gestaltet, so u.a. die Fläche zwischen dem Parkplatz der Gemeinde und dem Parkplatz des Räberstöckli (Blumen-/Kräuterwiese) oder die Fläche beim Schriftzug Niederbipp, nahe der Unterführung. Weitere Flächen sind bereits ab 2025 geplant ebenfalls naturnah zu gestalten.</p> <p>Die Entwicklung eines Biodiversitätsplans für die Gemeinde, um auch weitere gemeindeeigene Flächen naturnah zu bepflanzen und zu pflegen, könnte ein Thema für die nächste Legislaturperiode werden.</p>

Anliegen	Keine oder weniger Steingärten
Erklärung	<p>Das Anliegen fordert ein Verbot von Steingärten. Die Fokusgruppe hat in der Diskussion speziell Schotterstein-Gärten hervorgehoben, da diese mit einem Fliess unterlegt, einen Lebensraum für Tiere und Pflanzen verunmöglichen. Auch die Wasserregulierung wird durch Steingärten verhindert. Ein solches Verbot soll zu einer Förderung von Grünflächen führen und zu einer gesunden Biodiversität beitragen. Falls im Rahmen der OPLA kein Verbot von Steingärten umgesetzt wird, wünscht sich die Fokusgruppe, dass die Bevölkerung über die Nachteile von Steingärten beispielsweise durch Merkblätter aufgeklärt wird.</p>
Umsetzung	<p>Im Rahmen der OPLA ist ein Verbot von Steingärten vorgesehen. Wie zum Anliegen «Bei Neubauten versiegelte Flächen vermeiden und das Dachwasser zum Versickern bringen, zudem eine Pflicht für Solarpanels einführen» bereits festgehalten, versickert Dachwasser heute bereits, wenn dies möglich ist. Es gelten dabei die kantonalen Gewässerschutzvorgaben sowie der kommunale GEP (genereller Entwässerungsplan). Weiter soll auch eine Lenkung über das Abwasserentsorgungsreglement mittels Regenabwassergebühr eingeführt werden. Die Vorarbeiten dafür laufen bereits und die Umsetzung soll vorbehältlich des Volksentscheides zum Reglement realisiert werden.</p>

Anliegen	Besserer Schutz von Obstbäumen durch ein Konzept
Erklärung	<p>Das Anliegen fordert einen besseren Schutz für Obstbäume, da diese ortsbildprägend für Niederbipp sind. Die Fokusgruppe diskutiert die Möglichkeit eines Konzeptes zum Schutz und der Erweiterung von Obstbäumen und -gärten. Dieses könnte Bereiche aufzeigen, wo solche Obstgärten angelegt werden könnten und auch Förderelemente enthalten. Die Fokusgruppe würde ein entsprechendes Konzept begrüßen, da der Schutz der Obstbäume zwar eigentlich gegeben sei, die</p>

	Umsetzung jedoch nicht entsprechend den Vorgaben erfolge. So seien im Plan von Wolfisberg eigentlich die Obstbäume erfasst, jedoch sei es immer wieder zu Abholzungen ohne erneute Bepflanzungen gekommen.
Umsetzung	Das Anliegen fließt nicht direkt in die OPLA ein, da wichtige Hochstammobstgärten bereits heute unter Schutz gestellt sind. Die Gemeinde trägt zudem den gemeindeeigenen Bäumen mit dem neuen Baumpflanzungs- und Pflegekonzept mehr Rechnung und hat dadurch auch eine Vorbildrolle für die Bewohnenden der Gemeinde. Werden geschützte Obstbäume gefällt, so hat die Gemeinde bereits heute nach Bundesrecht Möglichkeiten Strafanzeige zu erstatten, welche Bussen auslösen können.

Anliegen	Ruheoasen für Mensch und Natur schaffen in Form eines Parks
Erklärung	Das Anliegen fordert eine grüne Begegnungszone für die Niederbipper:innen. Mit dem Ort soll eine Ruheoase für Menschen geschaffen, mehr Begegnung im öffentlichen Raum ermöglicht, sowie die Biodiversität gefördert werden. In der Diskussion hat die Fokusgruppe als möglichen Ort für einen entsprechenden Park die Landwirtschaftszone bei der Industrie, oder den Kiesplatz beim Räberhus vorgeschlagen. Denn auch die Fokusgruppe teilt das Anliegen, wonach es in der Gemeinde an Orten der Begegnungen fehlt, die grün und naturnah gestaltet sind. Für eine Umsetzung des Anliegens beim Kiesplatz zur Begegnungszone, soll jedoch auf mobile Bäume gesetzt werden, damit auch der Markt, Kulturanlässe etc. den Platz nutzen können. Weiter wäre bei diesem Ort auch eine kleines Beizli oder ähnliches wünschenswert. Der Ort wäre sehr zentral gelegen und könnte dadurch auch gut von der Bevölkerung genutzt werden.
Umsetzung	Die Umzonung einer Landwirtschaftszone in eine ZÖN wäre theoretisch möglich und würde einen Enteignungstitel schaffen. Dabei sind jedoch hohe Hürden zu nehmen, so müsste der Bedarf nachgewiesen werden und da die Areale Fruchtfolgeflächen (FFF) sind, müssten diese auch entsprechend kompensiert werden können, was nicht realistisch ist. Eine Umzonung und dadurch eine neue Nutzungsmöglichkeit des Platzes neben dem Räberhus wird jedoch weiterverfolgt und eine entsprechende Umzonung soll Teil der OPLA sein. Die entsprechende Zone soll als ZÖN ausgedehnt und dann als Parkanlage und Begegnungsort für die Bevölkerung gestaltet werden können.

Anliegen die anderweitig bearbeitet werden

Während 23 der insgesamt 80 Anliegen im Rahmen der Ortsplanungsrevision adressiert werden können, wurden alle weiteren vom Gemeinderat für eine anderweitige Umsetzung geprüft.

Zwei dieser eingereichten Anliegen sind bereits in Umsetzung. Zum einen war bereits die Planung eines Baumpflanzungs- und Pflegekonzepts im Gang, welches nun umgesetzt werden konnte, zum anderen werden noch bis am 22. September 2024 Verschönerungsideen für die beiden Niederbipper Kreisel gesucht.

Baumpflanzungs- und Pflegekonzept

Eine der bereits umgesetzten Ideen ist die Erstellung eines Baumpflanzungs- und Pflegekonzepts. Ziel dieses Konzepts ist es, die Grünflächen in Niederbipp zu erweitern, die ökologische Vielfalt zu fördern, zum Klimaschutz beizutragen und attraktive Schattenspendender sowie Erholungsräume zu schaffen. Durch einen neuen und digitalen Baumkataster können sich in Zukunft zudem alle interessierten Niederbipperinnen und Niederbipper ein Bild vom Baumbestand der Gemeinde, welche sich auf gemeindeeigenen Parzellen befinden, machen. Mit dem neuen Baumpflanzungs- und Pflegekonzept wird den Bäumen der Einwohnergemeinde Niederbipp in Zukunft noch mehr Rechnung getragen und dadurch auch ein wichtiger Beitrag für ein lebenswertes Dorf geleistet.

Rund 350 Bäume, welche auf Niederbipperboden stehen, sind im Besitz der Gemeinde. Darunter zum Beispiel junge Linden im Bereich Scharnageln, eine wunderschöne Hängebuche auf dem Friedhofareal oder ein altes, seltenes Exemplar, wie die grossgewachsene Kanada-Pappel am Bipperkanal. Zahlreiche Baumarten verschönern unser Dorfbild, werden von der Gemeinde gepflegt und sind neu auch im Baumkataster auffindbar. Der Baumkataster auf der Plattform RegioGIS, einem geografischen Informationssystem (GIS) für Gemeinden, ermöglicht die Erfassung, Verwaltung, Analyse und Darstellung von geografischen Daten, so auch Bäumen. In Zusammenarbeit mit einem spezialisierten Fachbüro wurde der Kataster sorgfältig angelegt und bietet nun einen umfassenden Überblick über alle Bäume in Niederbipp, ihre Standorte, Arten und Zustände.

Die erfassten Bäume inklusive ihrem Zustand bilden auch die Basis für ein neues Baumpflanzungs- und Pflegekonzept. Dieses legt unter anderem die Eckwerte für Baumpflanzstandorte, Baumarten und Baumpflege fest und bildet dadurch das ideale Instrument, um Baumpflegemassnahmen und Klimaschutzmassnahmen umzusetzen. In den nächsten fünf Jahren ist u.a. die Neupflanzung von insgesamt rund 84 Bäumen auf gemeindeeigenen Parzellen geplant. Die Neupflanzungen sollen laufend über den Kiesfonds finanziert werden. Zeitgleich sieht der Gemeinderat neu vor bei Strassenbau- oder Strassensanierungsprojekten neue Bäume zu pflanzen. Das heisst, dass die Bäume das Gemeindebild nicht nur optisch verschönern und die Biodiversität fördern, sondern auch durch eine optimale Platzierung für mehr Schatten sorgen und dadurch die Sommerhitze mildern.



Kreiselgestaltung

Ein zweites eingereichtes Anliegen, welches sich in Umsetzung befindet, ist die Neugestaltung der beiden Niederbipper-Kreisel. Von einer Bewohnerin kam das Anliegen:

«Kreiselgestaltung durch Gemeinde/Engagierte – schönere Kreisel gestalten sowie Blumentöpfe/Hochbeete stellen, überall wo kleinere Gemeinderasenflächen sind, auf welchen kein Baum Platz hat.»

Am 03. Juli wurden verschiedene Kommunikationsmassnahmen gestartet, um Verschönerungs-ideen aus der Bevölkerung zu sammeln.

 **Einwohnergemeinde Niederbipp**
4 Tage · 

Neugestaltung Kreisverkehr Niederbipp

Zugegeben, unsere Kreisel in Niederbipp könnten eine Veränderung vertragen. Reichen Sie uns Ihre Ideen für die Verschönerung von einem oder der beiden Kreisel ein und wie Sie diese umsetzen würden. Wünschen Sie sich mehr Pflanzen, mehr Farbe oder andere Kunst?

Schildern Sie uns Ihre Ideen bis am Freitag, 22. September 2024, per Mail an bauabteilung@niederbipp.ch. Wir prüfen die Eingaben und treffen für Sie die Abklärungen zur Umsetzbarkeit mit dem Kanton Bern.




 Du und 11 weitere Personen

 Gefällt mir  Kommentieren  Senden  Teilen

Weitere eingereichte Anliegen

Die verbliebenen 55 Ideen und Wünsche, die nicht in die OPLA eingeflossen sind und die auch noch nicht direkt umgesetzt werden konnten, wurden allesamt vom Gemeinderat geprüft und diskutiert. Zur einfacheren Weiterbearbeitung und Übersichtlichkeit wurden ähnliche oder z.T. sogar gleiche Anliegen für deren Überprüfung zusammengefasst. Die nachfolgende Übersicht enthält die Ergebnisse der gemeinderätlichen Prüfung von insgesamt 42 unterschiedlichen Wünschen und Ideen.

Die Anliegen und Ideen wurden zur besseren Übersicht kategorisiert. Sie umfassen die Themenfelder Dorfplanung und -gestaltung, Verkehr, Natur und Umwelt sowie öffentliche Räume und Jugend & Bildung. Viele Anliegen fordern entweder konkrete Gesetze oder Anpassungen im öffentlichen Raum, oder aber sie verlangen Strategien und Konzepte zu einem spezifischen Themenbereich. Aufgefallen ist dabei insbesondere der Wunsch nach mehr Begegnungszonen und Gemeinschaftsplätzen, um sich untereinander stärker austauschen und begegnen zu können. Ebenfalls stark vertreten ist der Wunsch nach einer allgemeinen Verkehrsberuhigung und -beruhigung in Niederbipp.

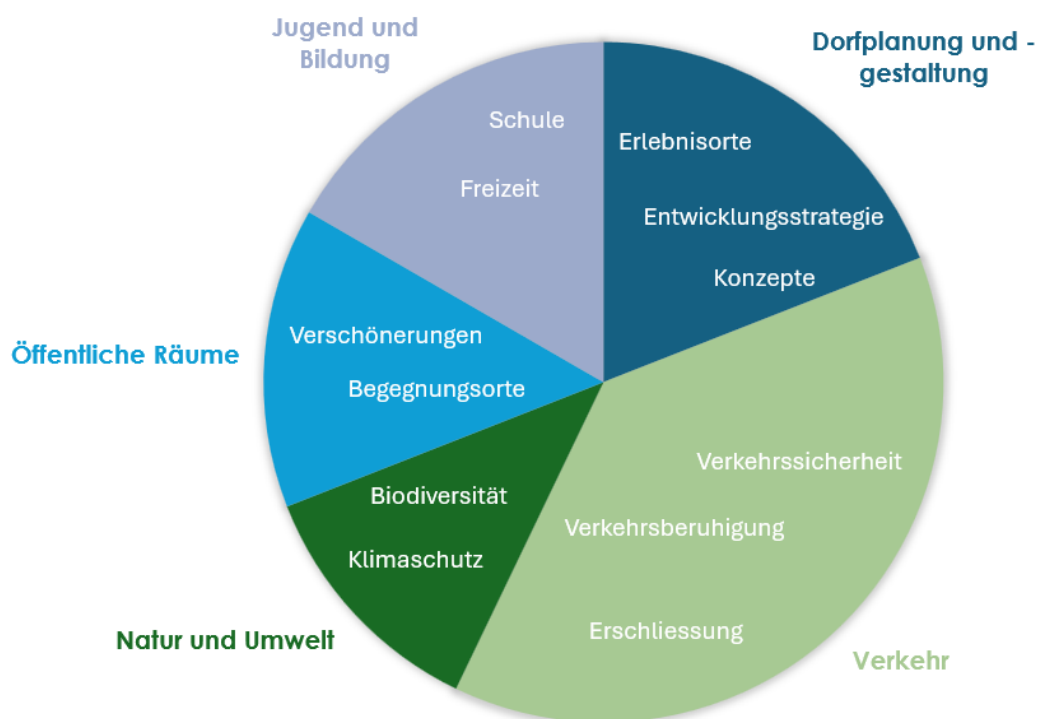


Abbildung 1: Thematische Schwerpunkte der restlichen Anliegen

Der Gemeinderat hat alle Anliegen geprüft und eine Einschätzung für mögliche Umsetzungen aufgezeigt oder aber dargelegt, weshalb er von einer Umsetzung absieht. Nachfolgend werden alle Anliegen inklusive der Einschätzung des Gemeinderats einzeln aufgeführt.

Dorfplanung und -gestaltung

Anliegen	Landkauf der Gemeinde rund ums Rüberhus
Erklärung	Das Anliegen verlangt, dass die Gemeinde das Land rund ums Rüberhus erwirbt und den Platz zu einem Dorfplatz umgestaltet und der Bevölkerung zugänglicher macht.
Umsetzbarkeit	In der Arbeitsgruppen-Sitzung vom 18.04. wurde eine potenzielle Umzonung des Kiesplatz neben dem Gemeindehaus (Parz. 1271, im Eigentum der Burgergemeinde) und dahinterliegende Parzellen (Parz. 829, 44, 366, 1505, 2204) besprochen. Nach Rücksprache mit der Burgergemeinde wurde festgelegt, dass die heutige Kiesfläche in eine ZÖN überführt wird. Die Fläche verbleibt im Eigentum der Burgergemeinde. Die beiden heute bereits bestehenden Gemeindeparkplätze werden in die selbe ZÖN integriert.

Anliegen	Ein Dorfkern und Begegnungszonen mit Bänkli
Erklärung	Gleich mehrere Anliegen forderten einen Dorfkern in Niederbipp sowie zusätzlich mehr Begegnungszonen und einen Ort, wo sich die Bevölkerung aufhalten kann. Die Begegnungszonen und Aufenthaltsbereiche sollten dabei möglichst grün und einladend sein. Beispielsweise durch Bänke oder auch Tische, die im Sommer für ein Picknick einladen. Zudem wäre es schön, wenn an diesen Orten auch ein Bistrowagen Getränke, Glace oder kleine Snacks verkaufen würde.
Umsetzbarkeit	Für die Platzierung von neuen Bänkli ist die Gemeinde mit dem Verkehrs- und Verschönerungsverein im Austausch. Diese Arbeit wird fortlaufend weitergeführt und die Anliegen fliessen da auch in die Überlegungen ein. Für grosse Veränderungen und neue Angebote wären jedoch zusätzliche Landkäufe nötig. Der Gemeinderat ist dafür grundsätzlich offen.

Anliegen	Weitsichtige Planung, wie Niederbipp in 30-40 Jahren aussehen soll in Absprache mit umliegenden Gemeinden / Förderung Langsamverkehr
Erklärung	Langsamverkehr priorisieren in den Quartieren (Sicherer Schulweg, nicht der Hauptstrasse entlang), weitsichtige Planung, wie Niederbipp in 30 oder 40 Jahren aussehen sollte in Absprache mit den umliegenden Gemeinden.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat mit der Strategie 2040 eine weitsichtige Planung vorgenommen. Diese wurde jedoch 2020 durch die Stimmbevölkerung abgelehnt. Eine Überarbeitung der Strategie 2040 soll vom neuen Gemeinderat thematisiert werden nach den Wahlen im Herbst 2024. Die Bildungskommission erarbeitet zusätzlich ein Schulwegkonzept, in welchem sichere Schulwege thematisiert werden.

Anliegen	Vision Kompetenzzentrum Logistik ESP
Erklärung	Die Stockmatte ist ein 15 Hektar grosses Entwicklungsgebiet, für das eine Erweiterung der Arbeits- und Industriezone vorgesehen ist. Die Stockmatte ist auch im kantonalen Richtplan als «Kantonaler Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Arbeiten» eingetragen.
Umsetzbarkeit	Trotz des grossen Willens und Efforts ist es bisher leider nicht gelungen, gemeinsam mit dem Kanton Bern eine tragfähige Lösung für die verkehrstechnische Erschliessung des Areals Stockmatte zu finden. Bislang wurden alle Vorschläge zu einer verbesserten Verkehrsplanung für den ÖV sowie für den motorisierten Individualverkehr, welche auch das Dorf hätte entlasten sollen, von den zuständigen kantonalen Stellen verworfen.

	<p>Der Gemeinderat hat sich seit Beginn der Planungsarbeiten immer auf den Standpunkt gestellt, dass ein allfälliges Projekt mit der Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrslösung für Niederbipp einhergehen muss, welche keine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung und den Ortskern bedeutet. Weil eine solche Lösung unter den gegebenen Rahmenbedingungen offenbar nicht erzielt werden kann, hat der Gemeinderat entschieden, vorderhand keinen neuen Planungskredit zu beantragen und keine weiteren finanziellen Mittel ins Projekt zu investieren.</p> <p>Mehr Infos unter: https://www.niederbipp.ch/aktuellesinformationen/2106373</p>
--	--

Anliegen	Begegnungszonen mit Aktivitäten rund um Altersheim
Erklärung	Rund um das Altersheim Jurablick soll die Fläche genutzt werden für Begegnungsorte und Angebote für die älteren Menschen aber auch Familien und Kinder. Das würde sowohl den älteren Menschen wie auch den Kindern oder Jugendlichen die Möglichkeit geben sich auszutauschen und voneinander zu lernen.
Umsetzbarkeit	Das Anliegen wird von der Kommission Gesellschaft, Kultur und Sport weiterverfolgt. Sie wird mit dem Alterszentrum Jurablick Kontakt aufnehmen.

Anliegen	Masterplan für öffentliche Bauten
Erklärung	Im ersten Fokusgruppen Workshop kam ein nachträgliches Anliegen auf für die Erstellung eines Masterplans für öffentliche Bauten.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen diskutiert und sieht auf strategischer Ebene im Moment keinen Handlungsbedarf.

Anliegen	Speicherkonzept
Erklärung	Das Anliegen stammt aus dem ersten Fokusgruppen Workshop und fordert, bebaubare Flächen zu erhalten, wo aktuell Speicher sind.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen diskutiert und hält fest, dass Geschützte Speicher schon in einem Inventar geregelt sind. Von der Erarbeitung eines Konzepts wird deshalb, und auch aus Ressourcengründen, abgesehen.

Anliegen	Dornacker erwerben da zentrale Freifläche
Erklärung	Dornacker Gemeinde Park: Die Einwohnergemeinde oder die Bürgergemeinde Niederbipp sollte den in der Landwirtschaftszone gelegenen Dornacker erwerben (Parzellen 778 / 1416 / 565 / 186 / 599, Zonenplan 1985). Grund: Es ist eine in der Gemeinde zentral gelegene Freifläche, welche vom Alterszentrum und vom Bahnhof ohne Überquerung der Hauptstrasse im Rollstuhl leicht und nahe erreichbar ist. Via ASM ist sie sogar vom gesamten Gemeindegebiet erreichbar. Der zukünftige Gemeinde Park ein Mehrwert für Alt und Jung und für eine visionäre vorausschauende Gemeinde. Packen wir's an.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hält fest, dass es sich bei den erwähnten Zonen um Landwirtschaftsland hält, welches infolge bäuerlichen Bodenrechts, nicht durch die Gemeinde erworben werden kann. An die Schaffung einer neuen Zone für die öffentliche Nutzung ZÖN werden sehr hohe Anforderungen gesetzt.

Verkehr

Anliegen	Anbindung Wolfisberg an den ÖV
Erklärung	Anbindung Wolfisberg an den öffentlichen Verkehr (Bus, Luftseilbahn, Zug).
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen besprochen, sieht von einer Anbindung mit öffentlichem Verkehr aus Kostengründen aber ab. Im Zuge der Kollektivunterkunft in Wolfisberg hat der Kanton Bern allerdings eine Shuttlebus-Verbindung realisiert. Die Gemeinde hat mit dem Kanton Abklärungen getroffen. Der Shuttle kann auch für die Bewohner:innen von Wolfisberg genutzt werden – diese sind bereits im Bilde und nutzen das Angebot bereits.

Anliegen	Verkehr aus den Quartieren bringen durch Fahrverbotszonen, bessere Verkehrsführung und Entflechtung / Durchgangsverkehr in den Quartieren vermeiden
Erklärung	Verkehr aus den Quartieren bringen, Verkehr noch mehr einschränken; Hauptverkehrsachsen/Umfahrungen definieren und ausbauen; Fahrverbotszonen definieren, die Sinn machen, dem Verkehrsteilnehmer aufzeigen, wo er durchfahren kann/muss
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat verweist auf den Verkehrsrichtplan 2017+, der dazu bereits greifbare Massnahmen vorsieht, die aktuell in Umsetzung sind. Zusätzlich will der Gemeinderat das Schleichverkehrskonzept Ost überprüfen und ein Schleichverkehrskonzept West erarbeiten.

Anliegen	Schülertaxis am Doktorsträssli regulieren
Erklärung	Verkehrsleitung Doktorstrasse, Hauptstrasse, Schule verbessern
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat der Biko den Auftrag erteilt, ein Schulwegkonzept zu erarbeiten, welches auch die Schülertaxis reguliert. Es wird bereits mit Bussen gegen die Taxis vorgegangen.

Anliegen	Schulwegsicherheit und allgemeine Verbesserung der Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger
Erklärung	Der Fussgängerstreifen bei der UBS muss besser sichtbar gemacht oder etwas versetzt werden. Viele Autos aus Richtung Unterführung sehen Fussgänger nicht oder zu spät. Ein sicheres Schulwegkonzept aufnehmen und aktualisieren: Sichere Schulwege Nord-Süd und West-Ost (Bsp. Übergang von Hofacker zur Käsestrasse (Brücke für Langsamverkehr), oder Bahnhofunterführung ausbauen (analog Oensingen), Quartiergestaltung auf Lebensqualität hin planen und ausführen. Künftige Industrieplanung für nachhaltige KMU's vorbehalten (Grünflächen statt Parkplätze) Verkehrsfluss auf den Hauptstrassen verbessern (Umfahrung entlang der Autobahn - 30er Zone auch auf den Hauptstrassen - Industrieauf- und abfahrt Autobahn für den Lastwagenverkehr, der so nicht mehr durchs Dorf fahren muss). • Sicherheit für den Individualverkehr im Dorf, insbesondere auf Schulwegen und aus den Quartieren Richtung Bahnhof. • Alternativen für den Langsamverkehr entlang der Hauptstrasse. Sichere, fussgängerfreundliche Infrastruktur bei der Überquerung der Hauptstrasse. • Förderung von Fussgänger- und Radwegen. • Berücksichtigung und Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln. • Planung einer Umfahrungsstraße.
Umsetzbarkeit	Die erwähnten Punkte liegen zum einen in der Verantwortung des Kantons. Dieser legt seine Ideen für Umgestaltungen jedoch auch jeweils den Gemeinden vor für Eingaben und Anpassungen. Zum anderen wird

	das Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit auch mit dem Verkehrsrichtplan 2017+ angestrebt. Bezüglich der Schulwegsicherheit hat zudem die Biko den Auftrag, ein Schulwegkonzept zu erarbeiten
--	--

Anliegen	Umsetzung der Velo- und Fusswege gemäss Verkehrsrichtplan / Ausbau Bahnunterführung für Velos und Fussgänger
Erklärung	Umsetzen der Velo- und Fusswege gemäss Verkehrsrichtplan 2017+: Gefahrenfreie Übergänge über Bahn und Strassen (Bsp. Überführung Hofacker - Käsereistrasse für den Langsamverkehr). Trennen von motorisiertem Verkehr sowie Velo- und Fussverkehr. Ausbau der Bahnunterführung beim Bahnhof für den Velo- und Fussverkehr: Hauptpassage zwischen Unter- und Oberdorf für den Langsamverkehr, stark frequentierter Schulweg (mit und ohne Velos), Spielplatz zieht Personen mit Kinderwagen an.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat informiert, dass ein neuer Fussweg sowie eine neue Fahrradverbindung mittels einer Landvereinbarung des Hofackerwegs vorgesehen sind. Die Realisierung ist jedoch erst möglich, wenn die ASM die geplante Gleiskorrektur vornimmt. Zudem liegt die Umrüstung des Bahnhofs in der Verantwortung der SBB. In naher Zukunft ist von Seiten der SBB eine Umrüstung geplant. Der Baubeginn wurde allerdings im vergangenen Jahr durch die SBB nach hinten geschoben.

Anliegen	Barrierefreiheit fördern / Behindertengerechter Umbau des Bahnhofs mit Antrag an SBB
Erklärung	Barrierefreie Zugänge und Einrichtungen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, einschliesslich der Gestaltung und des Umbaus der Bahnhofunterführung für Kinderwagen, Rollatoren und Rollstuhlfahrer. Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen.
Umsetzbarkeit	Die Umrüstung des Bahnhofs liegt in der Verantwortung der SBB, da kann die Gemeinde nichts selbständig angehen und umsetzen. In naher Zukunft ist jedoch von Seiten der SBB eine Umrüstung geplant. Der Baubeginn wurde allerdings im vergangenen Jahr durch die SBB nach hinten geschoben. Ein klarer Zeitplan liegt dem Gemeinderat zurzeit nicht vor.

Anliegen	Haltestelle Dorf ASM von der Kirchgasse weiter weg versetzen und behindertengerecht umbauen
Erklärung	Im ersten Fokusgruppen Workshop kam ein nachträgliches Anliegen auf, welches vorsieht, die Haltestelle Dorf ASM nach hinten zu verlegen.
Umsetzbarkeit	Die ASM bestätigt, dass sie in absehbarer Zeit die Haltestelle nach hinten versetzen will. Es läuft bereits ein Plangenehmigungsverfahren.

Anliegen	Mehr Sicherheit für den Lehnweg
Erklärung	Verschiedene Anliegen betrafen die Sicherheit für den Lehnweg und teilweise auch den Brunnenweg. Gefordert wurde die Einführung von Tempo 30, ein Trottoir zur Sicherheit der Schülerinnen und Schüler oder gar ein Fahrverbot für den ganzen Lehnweg und auch den Brunnenweg.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat informiert, dass Tempo 30 bereits in diesem Jahr folgt. Die Errichtung eines Trottoirs sieht der Gemeinderat allerdings als nicht verhältnismässig, da die Kosten sehr hoch sind und es sich um eine wenig befahrene Strasse handelt und wenig Liegenschaften erreicht würden. Ein Fahrverbot erachtet der Gemeinderat deswegen nicht als sinnvoll.

Anliegen	Die Ausfahrt Bahnhofstrasse/Coop Richtung Langenthal ist schlecht gelöst.
Erklärung	Der Spiegel ist zu klein und funktioniert bei sehr schlechtem Wetter oft nicht, d.h. er ist beschlagen oder durch Regen/Eis eingeschränkt. Auch wenn ein Autofahrer von der Unterführung her schneller als die erlaubten 50 fährt, kann es knapp und kritisch werden, dies vor allem weil die Kantonsstrasse sehr befahren ist. Ich denke da auch an die Velofahrer! Bei Stau auf der Autobahn ist man beim Rausfahren auf den Goodwill der Autokolonnen-Fahrer angewiesen, sonst hat man keine Chance. Mit Coop, Bahnhof und Post ist die Ausfahrt als wichtig einzustufen und sollte dementsprechend verkehrssicherer gestaltet werden; Kreisel oder Lichtsignalanlage.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat kennt die grosse Verkehrsherausforderung rund um die erwähnte Ausfahrt. Verschiedene Massnahmen wurden bereits getestet wie die Lösung durch Spiegel. Im Zuge der Sanierung der Hauptverkehrsachse KS 244 ist seitens Kanton und aufgrund der Eingabe der Gemeinde geplant, die Einfahrten von den Gemeindestrassen zu der Kantonsstrasse u.a. mit Trottoirüberfahrten zu optimieren.

Anliegen	Fussgängerstreifen besser beleuchten
Erklärung	im Dorf besser beleuchtet, vor allem beidseits, Streifen sind oft abgewetzt und nicht genügend gepflegt
Umsetzbarkeit	Der Kanton hat in der Vergangenheit bereits punktuell auf Hinweis der Gemeinde, die Beleuchtung verbessert. Bei konkreten Anliegen kann die Beleuchtung auch weiterhin optimiert werden. Bei konkreten Anliegen kann die Bevölkerung sich an die Bauverwaltung wenden. Diese steht im Austausch mit dem Kanton und setzt sich dafür ein, eine Lösung zu finden.

Anliegen	Umfahrungs-/ Entlastungsstrasse
Erklärung	Umfahrungsstrasse Niederbipp/ Umfahrungs- Entlastungsstrasse / Verkehrssituation Dürrenmühlestrasse verbessern, wenn möglich durch eine Umfahrung Niederbipp. Es muss eine Umfahrungsstrasse geben, die den Täglichen Stau auf der Hauptstrasse lösen soll. Es kann nicht sein, dass Oensingen eine Umfahrungsstrasse baut und bei uns geht dies nicht?! Sie leiten den gesamten „Umfahrungsverkehr“ bei der Industrie Ost wieder zu uns auf die Strasse und der Verkehr nimmt weiter im Dorf zu. Es wäre schön, wenn das “Ober-Ober-Dorf“ nicht jeden Abend und Samstag, Sonntag so abgeschnitten ist.
Umsetzbarkeit	Eine Umfahrung ist aktuell kein Thema mehr. Diese wäre nur in Verbindung mit dem Projekt Erschliessung ESP (Entwicklungsschwerpunkt) Stockmatte möglich gewesen. Der Gemeinderat hat sich seit Beginn der Planungsarbeiten des Projekts ESP Stockmatte immer auf den Standpunkt gestellt, dass ein allfälliges Projekt mit der Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrslösung für Niederbipp einhergehen muss, welche keine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung und den Ortskern bedeutet. Weil eine solche Lösung unter den gegebenen Rahmenbedingungen offenbar nicht erzielt werden kann, hat der Gemeinderat entschieden, vorderhand keinen neuen Planungskredit zu beantragen und keine weiteren finanziellen Mittel ins Projekt zu investieren. https://www.niederbipp.ch/aktuellesinformationen/2106373 Eine Umfahrung kann allenfalls wieder Thema werden in Zusammenhang mit dem Projekt CST (Cargo Sous Terrain). Allerdings ist hier noch nichts spruchreif.

Anliegen	ÖV-Konzept
Erklärung	Im ersten Fokusgruppen Workshop kam ein nachträgliches Anliegen auf für die Erstellung eines ÖV-Konzepts für die Gemeinde.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen diskutiert und sieht auf konzeptioneller Ebene keinen Bedarf. Die Region Ob- und Niderrhein hat ein ÖV-Konzept und die Gemeinde kann sich hier regelmässig einbringen. Mit dem SBB-Bahnhof und den ASM-Haltestellen ist die Gemeinde bereits gut erschlossen.

Anliegen	Dorfgestaltung mit dem Ziel sich autofrei in Niederbipp bewegen und begegnen zu können
Erklärung	Im ersten Fokusgruppen Workshop wurde das Anliegen formuliert, dass eine autofreie Dorfgestaltung anzustreben sei, damit sich die Bevölkerung autofrei bewegen könne.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat erachtet, das Anliegen als politisch nicht mehrheitsfähig und fokussiert deshalb auf ein möglichst gutes Miteinander zwischen motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Verkehr und dem Fuss- und Veloverkehr.

Anliegen	Verkehrsreduzierung wenn Stau auf Autobahn, Erlaubnis Nebenstrassen mit Fahrverbot zu nutzen
Erklärung	Verkehrsreduzierung, wenn Stau auf der Autobahn ist (dreispurige Autobahn? Erlaubnis für Anwohner auch Nebenstrassen zu benutzen, wo sonst Fahrverbot ist)
Umsetzbarkeit	Das Anliegen steht in Widerspruch zu mehreren Anliegen, die eine weitere Beruhigung des Verkehrs in den Quartieren verlangen. Es ist im Interesse des Gemeinderates, die Schleichverkehrskonzepte weiterzuentwickeln. Für die Autobahn A6 ist ein Ausbau auf 3-Spuren geplant, welcher zu einer Stauminimierung führen soll.

Anliegen	Kontrolle der Fahrgeschwindigkeiten und Reduktion LKW und Traktore
Erklärung	Wir wünschen uns Kontrollen der Fahrgeschwindigkeiten und des Verkehrslärmes in den Studweg-Breitsteinweg 30-er Zonen Region und ausserdem eine Reduktion des LKW und des zunehmenden Traktorverkehr. Die Schlaglöcher werden zunehmend grösser und mehr was durch die Schweren und häufigen Traktortransporte zu immer mehr Lärm führt.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat informiert, dass sporadische Kontrollen von Fahrgeschwindigkeiten implementiert sind. Eine Intensivierung der Kontrollen ist aus finanziellen Gründen nicht angedacht.

Anliegen	Mehr Parkplätze in den 30er Zonen
Erklärung	Mehr Parkplätze in den 30er Zone, statt der Pfosten grüne Streifen auf den Sperrflächen.
Umsetzbarkeit	Im Rahmen der T30 Umsetzung wurde die Erstellung von Parkplätzen geprüft. Die Überprüfung hat ergeben, dass durch Parkplätze die Mindestvorgaben des Strassenraums nicht mehr erfüllt werden. Parkplätze sind unter diesen Strassenverhältnissen rechtlich nicht zulässig.

Natur und Umwelt

Anliegen	Mehr Bäume und Sträucher (einheimisches Gehölz) anpflanzen
Erklärung	Gestaltung der öffentlichen Flächen mit einheimischen Pflanzen und Bäumen. Erhaltung von natürlichen Lebensräumen und Biotopen. Zudem sollen mehr Begegnungszonen geschaffen werden, die generationenübergreifende Begegnungen und Benutzungen im Dorf und in den Quartieren ermöglichen. Der Erholung, Begegnung und Kühlung bei Hitze soll dabei Beachtung geschenkt werden (Alleen und Baumreihen, wo immer möglich beschatten und dadurch kühlen).
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat ein Baumpflanzungs- und Pflegekonzept erarbeiten lassen. Dies auch mit dem Ziel die Bäume möglichst gesund zu halten und den sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Die Gemeinde setzt dieses Konzept künftig aktiv um. Des Weiteren ist eine neue Zone für eine öffentliche Nutzung (ZÖN) geplant, die auch als Kultur- und Begegnungsort für die Bevölkerung dienen soll.

Anliegen	Kreiselgestaltung mit Blumentöpfen und Hochbeeten
Erklärung	Kreiselgestaltung durch Gemeinde/Engagierte – schönere Kreisel gestalten sowie Blumentöpfe/Hochbeete stellen, überall wo kleinere Gemeinderasenflächen sind, auf welchen kein Baum Platz hat.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat ist offen für neue Kreiselgestaltung und Ideen sind sehr willkommen. Für eine Umgestaltung läuft noch bis am 22.09. ein Aufruf.

Anliegen	Ruderalflächen statt Rasenflächen
Erklärung	Biodiversität fördern auf gemeindeeigenen Flächen; Ruderflächen statt Rasenflächen Sozialräume
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat möchte die Einführung von Ruderflächen etappenweise vornehmen und prüft mit dem Verein Fokus 4704 Möglichkeiten.

Anliegen	Erlebnisweg zur Natur (in Wolfwil gibt es einen Elfen und Wichtel Weg oder Vita Parcours oder Detektivtrail
Erklärung	Ausserdem könnte vielleicht der Jugendtreff oder die Tagesschule einen Erlebnisweg auf die Beine stellen. Zum Beispiel für ein bestimmtes Thema - wie die Natur oder mit verschiedenen Spielen, wie es in Wolfwil bei Elfen- und Wichtelweg der Fall ist. Dies würde auch wieder mehr Familien in die Natur bringen. Denkbar wäre auch ein Vitaparcours oder ein Detektiv- oder Krimi-Trail. Oder rund um das Altersheim eine Begegnungszone mit verschiedenen Aktivitäten. Das würde sowohl den älteren Menschen wie auch den Kindern oder Jugendlichen die Möglichkeit geben sich auszutauschen und voneinander zu lernen.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat findet das Anliegen sehr interessant und klärt dies mit der Kommission Gesellschaft, Kultur und Sport.

Anliegen	Rabatten und Bäume zur Verkehrsberuhigung anstelle von Pfosten
Erklärung	Grünflächen oder Bäume wo immer möglich. Auf Sperrflächen entlang der Strasse Pflanzenkübel stellen. Wir haben einen Bach im Ortswappen, allein man sieht ihn kaum noch. Stellenweise wieder eröffnen. Anstelle der jetzigen Verkehrsberuhigungen (Pfosten) könnte man in diesem Bereich Rabatten mit Bäumen gestalten.
Umsetzbarkeit	Über die Rabatte sowie eine Bachöffnung wurde im Gemeinderat kürzlich diskutiert. Aus Kostengründen wurden diese allerdings abgelehnt. Da durch die Begrünung in Kübeln zusätzliche Bewirtschaftungskosten anfallen, entschied sich eine Mehrheit dagegen. Die Begrünung wird durchaus als ein wichtiges Thema angesehen, ein Fokus liegt zurzeit aber in anderen Lösungen als bei Pflanzenkübeln.

Öffentliche Räume und Gemeinschaft

Anliegen	Solarwärmeverbund - Solarflächen kaufen
Erklärung	Die Gemeinde soll Solarflächen erwerben oder sich einem Solarwärmeverbund anschliessen
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen besprochen und sieht durchaus Potenzial. Nachdem in diesem Jahr ein neuer Gemeinderat gewählt wird, soll ein Konzept in der neuen Legislatur allenfalls erarbeitet werden.

Anliegen	Mehr Abfalleimer, Kehrrichtentsorgung überdenken, Öffnungszeiten der Entsorgungsstelle überdenken
Erklärung	Kehrrichtentsorgung überdenken (Papier/PET) oder Öffnungszeiten der Entsorgungsstelle erweitern, Kehrriechtsäcke durch Tonnen ersetzen,
Umsetzbarkeit	Die Öffnungszeiten der Entsorgungsstelle wurden im Gemeinderat diskutiert. Eine Bedingung für die Bewilligung der Entsorgungsstelle waren begrenzte Öffnungszeiten. Dies ist so im Bauentscheid festgehalten. Kürzlich wurden die Zeiten am Samstag leicht versetzt (alt von 10-14 Uhr auf neu von 8-12 Uhr). Die Gemeinde klärt ab, ob gratis Container für den Hauskehricht zur Verfügung gestellt werden könnten. Damit könnte dem Fuchsproblem entgegengewirkt und Säcke flexibler herausgestellt werden.

Anliegen	Die Dorfeingänge sollten als Visitenkarte von Niederbipp verschönert und begrünt werden
Erklärung	Die Dorfeingänge sind die Visitenkarte des Dorfes. Alle 3 Eingänge sind "Schandflecke": Süden (Aarwangenstrasse mit dem Baggerpark), Westen (Zerfallenes Haus), Osten (Bauruine am Anfang des Gerhard-Meier-Weges). Griffige Massnahmen seitens der Gemeinde sollen Verbesserungen bringen.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat hat das Anliegen besprochen. Die Flächen und Gebäude bei den Ortseingängen befinden sich in Privateigentum und diesbezüglich sind keine griffigen Massnahmen möglich. Allerdings sieht die Gemeinde vor zumindest die Ortseingangstafeln zu verschönern.

Anliegen	Renovation Bild im Eingang Räberhus
Erklärung	Aus dem ersten Workshop ist ein weiteres Anliegen eingegangen welches sich wünscht, das Bild im Eingang des Räberhus zu renovieren

Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat steht einer Renovation des Bildes sehr offen gegenüber. Er beauftragt die Kommission Gesellschaft, Kultur und Sport sich dem anzunehmen.
----------------------	--

Anliegen	Den Bach im Ortswappen wieder sichtbar machen. Stellenweise wieder öffnen / Bachkonzept
Erklärung	Bachkonzept: Die Wichtigkeit des Baches wird auch in unserem Dorf-wappen unterstrichen. Der markante Kanal hat Eingang in die Literatur-geschichte gefunden. Bipper Dorfbach: Bachkonzept ausarbeiten, da-mit bei Bauprojekten am Bach klar ist, nach welchen Konzepten die Ge-meinde eine Bachöffnung und dgl. fordert, fördert oder unterstützt. Der Umgang mit dem Bach sollte auf jeden Fall durch ein übergeordnetes Gestaltungskonzept geregelt sein. Vorschlag: Arbeitsgruppe aus Ein-wohnern mit Fachleuten erarbeitet ein Bachkonzept. Z.B. Mehrstufige Massnahmen. Z.B. Phase 1: Einfärben Bereich wo Bach unter dem As-phalt ist mit Farbe bis 2030 (z.B. in Bipperblau gepunktete Fläche). Phase 2: Öffnen von markierten Bereichen bei Bautätigkeiten nach bestimmtem Gestaltungskonzept. Festlegen von Bereichen in dem die Gestal-tung hochwertiger als mit Farbe sein soll, z.B. mit Kanal und Gitterüber-deckung, mit Glasflächen, offener Kanal in Sichtbeton, Offener Kanal in Jurakalk-Blockwurfsteinen, Wahl der Geländer- oder Zaungestaltung), und festlegen von Bereichen wo der Bach nicht mehr geöffnet werden soll, und andere Bereiche wo er renaturiert freigelegt werden soll. Wei-ter: Auf dem Zonenplan ist die Linienführung des Baches zu prüfen und korrekt einzutragen, z.T. ist dies nicht vollständig und nicht korrekt. Weiter soll geklärt werden insofern eingedolte Gewässer wie die «Abilonlei-tung» zurückgestuft werden, weil es sich hier nie um ein ordentliches Ge-wässer gehandelt hat und nie um eines handeln wird. Dies ist eine grosse «Drainageleitung». Ein effektives Gewässer gab es vorher nicht, weil sich das Wasser schlicht und einfach übers «Brühl» verteilt hat. In Anderen Fällen ist eine Renaturierung möglich und sinnvoll, auch hier sollte sich die Gemeinde ein Konzept geben, wie dies einheitlich erfolgen sollte. Bipperkanal: dieser sollte, weil charakteristisch und Bestandteil wichtiger Literatur, in seiner Form geschützt werden.
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat sieht den Mehrwert eines stellenweise wiedergeöffne-ten Bachbetts, allerdings ist eine Umsetzung nicht realistisch. Dies wurde vor 10 Jahren bereits geprüft. Der Bach fliesst zu nahe an bestimmten Liegenschaften vorbei sowie durch Felder von Landwirtschaftsbetrie-ben. Eine Öffnung des Bachbetts mit dem nötigen Hochwasserschutz ist u.a. auch kostenbedingt nicht umsetzbar.

Anliegen	Schöne Gestaltung Südausgang Bahnhof
Erklärung	Kontakt mit SBB aufnehmen für eine schönere Gestaltung rund um den Südausgang des Bahnhofs.
Umsetzbarkeit	Die Umgestaltung des Bahnhofsplatzes mit der SBB/ASM hat erst kürzlich stattgefunden. Der Gemeinderat glaubt nicht, dass die SBB für eine er-neute Umgestaltung bereit ist. Im Hinblick auf den Umbau der Unterfüh-rung möchte sich die Gemeinde aber aktiv einbringen.

Jugend und Bildung

Anliegen	Moderne Schulen und Sportanlagen
Erklärung	Moderne Schulen und Sportanlagen für Niederbipp
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat informiert darüber, dass laufende Infrastrukturerneuerungen im Gang sind.

Anliegen	Mehr Lehrpersonen und bessere Organisation durch die Schule
Erklärung	mehr Lehrpersonen, bessere Organisation seitens Schule,
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat weist darauf hin, dass schweizweit ein prekärer Mangel um Lehrpersonen herrscht. Er arbeitet laufend daran, dass die Qualität der Bildung in Niederbipp nicht darunter leidet und jedem Kind eine bestmögliche Ausbildung gewährleistet werden kann.

Anliegen	Einen Platz für die Jugend z.B. Pumptrack vis a vis Räberhus bei Dorfstrasse 13
Erklärung	Für die Jugendlichen ab ca. 8–9-jährig, gibt es im Niederbipp wenig zu erleben, wenn Sie nicht in einem Verein sind. Davor können sie auf den schönen Spielplatz beim Bahnhof. Aber danach ist wenig los. Wie wäre es mit einem Pumptrack? Zwischen dem Oberstufenschulhaus und dem Skaterplatz? Dieser könnte dann jeweils auch in die Turnstunden integriert werden. Es würde auch das miteinander untereinander fördern und Sie hätten etwas Sinnvolles zu tun und würden evtl. wieder mehr Zeit draussen verbringen.
Umsetzbarkeit	Im Sommer 2024 wird in Langenthal ein Pumptrack eröffnet, dieser wurde von dem Verein Pumptrack Langenthal aus Eigeninitiative ins Leben gerufen.

Anliegen	Bagger Badensee in einer IFF Grube oder Colas Grube
Erklärung	Bagger Badensee in einer der IFF Gruben oder Colas Grube
Umsetzbarkeit	Bei den Gruben handelt es sich um privates Firmengelände. Die Gemeinde hat keinen Handlungsspielraum.

Anliegen	Brunnenbaden in beheizten Brunnen im Winter
Erklärung	Brunnenbaden im beheizten Brunnen im Winter: https://www.20min.ch/story/brunnenbaden-im-winter-manche-verstehen-nicht-was-wir-hier-tun-939334164833
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat findet das Anliegen interessant. Er sieht sich allerdings nicht in der Rolle der Umsetzung.

Anliegen	Feuerwerksverbot auf ganzem Gemeindegebiet
Erklärung	Ein Feuerwerksverbot
Umsetzbarkeit	Der Gemeinderat bevorzugt für dieses Anliegen eine gesamtschweizerische Vorgehensweise und sieht von einer Regelung spezifisch für die Gemeinde ab.

Anliegen	Freizeitbad
Erklärung	Das Anliegen nimmt eine ältere Idee nach einem Freizeitbad auf. Die Fokusgruppe war wenig begeistert vom Anliegen, da es die Idee eben früher schon mal gab und sich diese nicht bewährt hatte. Die Fokusgruppe verzichtete deshalb darauf der Gemeinde einen Auftrag zur Ausscheidung einer ZÖN im Rahmen der OPLA zu geben.
Umsetzung	Da die Fokusgruppe kein Bedürfnis nach der Ausscheidung einer ZÖN zur Umsetzung dieses Anliegens sieht wird auf die weitere Bearbeitung verzichtet.